

# Oberbergischer Naturschutzbund e.V.

Kreisverband



im Auftrag des Naturschutzbund

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
11. WAHLPERIODE

LV NW

An die Präsidentin des  
Landtags NW  
Postfach  
Ref. I.1.E.- Herrn Lennertz  
4000 Düsseldorf

**ZUSCHRIFT**  
**11/706**

Gummersbach, den 10.6.1991

Stellungnahme des Naturschutzbund Deutschland LV NW zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung am 18.6.1991

In Ergänzung und Erweiterung der Stellungnahme des verbändeübergreifenden AK

1. Im Gesetzestext festzuschreiben sind die Prinzipien der Abfall- und Energieminimierung. Dies impliziert Prüfungen auf Umweltverträglichkeit im Abfallsektor.

Die Entsorgungskörperschaften sind gesetzlich auf die o.g. Prinzipien festzulegen, wobei Eingriffsregelungen i.S. einer ökologisch orientierten Abfallwirtschaft (!) zu ermöglichen sind. *Anreiz: Abfallabgaben.*

2. Der Abfallvermeidung (s. § 1) muß klare Priorität eingeräumt werden. Das bedeutet, daß bereits beim Produktionsprozeß von Waren und Gütern sowie deren Transport die Prinzipien aus 1. Berücksichtigung finden müssen. Konzeptionell ist die Abfallminderung auch bei den betrieblichen Abfallwirtschaftskonzepten durch entsprechende Auflagenregelungen zu verankern (vgl. i.d. Zusammenhang Stellungnahme des verbändübergreifenden AK zu § 5b).

3. Um der Dynamik in der technologischen Entwicklung im Abfallwirtschaftsbereich Rechnung zu tragen, sollte das Landesgesetz den Stand der Technik im Vermeidungs-, Verwertungs- und Lagersektor definieren, aktualisieren und zugrundelegen.

4. zu § 2: Öffentliche Hand

Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist selbstredend. Leitlinien und Durchführungsbestimmungen sind vorzusehen.

5. zu § 3: Abfallberatung

Dem unterschiedlichen Anforderungsprofil der Bereiche Privathaushalte (1) einerseits und Gewerbe und Industrie (2) andererseits ist Rechnung zu tragen. Zu (1) wird eine Quote von 5000 bis 10.000 Einwohner/Berater empfohlen. Das Tätigkeitsfeld sollte sich auch auf Erziehungs- und Bildungsinstitutionen beziehen.

Die fachspezifische Beratung in (2) dürfte eine Quote von 5-10 Beratern pro 100 000 Einwohnern - je nach Infrastruktur und Betriebsdichte beanspruchen.

# Oberbergischer Naturschutzbund e.V.



Kreisverband

im Auftrag des Naturschutzbundes Deutschland LV NW

## 6. zu § 5 Abs.2: Sondermüll

vgl. Stellungnahme des verbändübergreifenden AK

Die auf Landesebene operierende Gesellschaft sollte in erster Linie logistische und koordinierende Aufgaben haben. Kontrolle durch oberste Abfallbehörden. Die Kontrolle vor Ort (unterste Stufe) sollte durch Abfallberater (s. 5.) erfolgen.

## 7. zu §5b: betriebliche Abfallwirtschaftskonzepte

vgl. Stellungnahme des verbändübergreifenden AK

Die betrieblichen Abfallwirtschaftskonzepte müssen zwingend Kriterien der Beurteilung enthalten: Zielvorgaben zur Verminderung und Reststoffverwertung.

## 8. zu § 5 Abs. 3 : Flächendeckende Kompostierung

vgl. Stellungnahme des verbändeübergreifenden AK

## 9. zu §5 a: Öffentlichkeitsbeteiligung und Kontrolle

Beteiligung der anerkannten Verbände bei Planung und Aufsicht im Bereich der Entsorgungskörperschaften (z.B. Verbandsversammlung; Erstellung der AWK's etc.).

10. Gültigkeit der Stellungnahme des verbändeübergreifenden AK unter Einschluß der geänderten Fassung des BUND für die § 5b, §9, § 10.

§11, §15, §16 ; § 26 und § 38. *Bes. Abfall Bodenauslaube. Bau Schutz (Depke. Iu. Ii).*

## Allgemeine Ausführungen

vgl. die Stellungnahme des verbändübergreifenden AK.

Das Dualsystem enthält nach der jetzt erkennbaren Konzeption Lücken i.S. unkontrollierter Abfallströme. Sie betreffen insbesondere den Kunststoff- und Papiersektor. Es wird der dringende Rat ausgesprochen, die Stoffströme jeglicher Verwertungsart einer öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen. Das gilt insbesondere für Sondermüllverbrennungsanlagen.

Nach dem jetzigen Stand würde das Mehrwegsystem unterlaufen und die Sortierung der Kunststoffe ad absurdum geführt.

Langfristig sollte eine Reduzierung der Kunststoffanteile im Produktions- und Abfallsektor als Zielvorgabe angestrebt werden.

Verantwortlich: Dr. Wulf Nägel  
Mitglied im AK Abfall